Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 7-8

Artikel: Indien unter der Diktatur der Frau Gandhi
Autor: Kobe, Willi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142578

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sches System etabliert hat. Diesen Entschluß faßte die Missionssynode dieser sieben Kirchen, deren missionarische Aktivitäten im Département missionnaire in Lausanne zusammengefaßt sind, Ende Mai in Monthey. Da die Hilfe den Menschen gelte, dürfe die Kirche keine Unterschiede der Hautfarbe, Rasse oder der politischen Systeme machen. Deshalb lehnt das Département missionaires, das zur Zeit 169 Mitarbeiter in zwanzig Ländern beschäftigt, einen Rückzug seiner Mitarbeiter aus Mozambique ebenso ab wie einen Rückzug aus Südafrika wegen des Systems der Apartheid. EPD (Schweiz)

Missionarsflucht aus unabhängigen Staaten?

Auf den weiteren dringenden Bedarf der afrikanischen Kirchen an ausländischen Missionaren hat der methodistische Bischof Emilio de Carvalho aus Angola hingewiesen. Es sei sehr zu bedauern, erklärte er auf einer Tagung in Lincoln City (Oregon), daß der Unabhängigkeitserklärung afrikanischer Staaten meist schon bald ein «Exodus» der weißen Missionare folge. «Ich kann das nicht verstehen», sagte Carvalho. «Sie haben es jahrelang unter dem Kolonialregime ausgehalten, aber die Herrschaft der Befreiten scheint ihnen nicht zu gefallen.» Es wäre ein böses Zeichen, daraus folgern zu müssen, daß die Kirche sich selbst nur in kapitalistischen Staaten Ueberlebenschancen ausrechne. «Mit der Bibel hat das nichts mehr zu tun, denn die ist sehr sozialistisch», meinte der Bischof. EPD (Schweiz)

Indien unter der Diktatur der Frau Gandhi

Der Name «Gandhi» hat einen ominösen Beiklang erhalten. Mahatma Gandhi führte seinerzeit die indischen Völker aus den Leiden der Kolonialzeit zur Errichtung eines eigenen freien Staates. Zugleich suchte er ihnen zur die Gesellschaft fördernden Selbstregierung demokratische Spielregeln beizubringen. Frau Gandhi, die jetzige Führerin der von Mahatma Gandhi's Zeiten an regierenden Kongreßpartei, die aber inzwischen weitgehend korrupt geworden ist, warf in ihrer Machtbesessenheit die indischen Völker wieder in ihre ehemalige Untertanenstellung zurück.

Hat man etwas Einsicht genommen in die Vielgestaltigkeit des 600 Millionenstaates,

— seine gesellschaftlichen Probleme, die durch das Kastenwesen und religiöse Vorurteile, Analfabetismus und schulische Rückständigkeit,
— seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die einem Agrarstaat mit einer sehr armen Bevölkerung heute besonders schwer aufliegen,

— seine Erkrankung an den Krebsgeschwüren gleichenden Millionenstädten,
— sein Versuch sich zu einem Industriestaat durchzumausern,
— seine unsinnige Vergeudung seiner schmalen Finanzmittel in einer militärisch-atomaren Aufrüstung,

dann kann man verstehen, daß ein diktatorisches Regierungssystem eine große Versuchung darstellt, um den komplexen Aufgaben der Staatsführung gerecht werden zu können.

Wenn dieses aber nicht der demokratischen Erziehung seiner Bevölkerung, mit dem Ziel einer freiheitlichen Volksrepublik, dient, sondern dem persönlichen Machtgelüste des Regierungshauptes und seiner Partei ausgeliefert ist, dann ist nicht zu erwarten, daß den propagandistischen Schlagworten: alles für das Volk und durch das Volk nachgelebt wird. Darauf weist hin, daß gerade diejenigen, welche dem Volke dienen wollen, in den Gefängnissen verschwinden.

Solches ist nun in Indien während des ersten Jahres der Diktatur von Frau Gandhi der Fall gewesen.

Niemand kann erwarten, daß sich ihrer Regierungsmaxime nun alle Inder unterwerfen werden. Die, welche auch heute noch die freiheitlichen Selbstregierungsparolen Gandhi's nicht vergessen haben und solche, die westliche demokratische Regierungssysteme kennen lernten, wissen, daß die Völker heute mehr und mehr lernen, den Katalog der Menschenrechte nicht nur Papier sein zu lassen, sondern ihre Rechte zu beanspruchen. Alle diese Leute stehen im In- und Ausland gegen Frau Gandhi und ihren Anhang auf.

Nachfolgend sei auf zwei Stimmen aus diesem Kampf gegen die Diktatur in Indien hingewiesen.

Ein «Committee for Human Rights in India» in New York hat auf den Jahrestag der «Ausrufung des Ausnahmezustandes» folgenden Aufruf erlassen, für den es in aller Welt für sympathisierende Unterschriften wirbt, welche es Frau Gandhi und weitverbreitet auch den indischen Völkern zugehen lassen will:

Jetzt Menschenrechte für Indien!

Ein Aufruf

Am 26. Juni 1976 wird es ein Jahr her sein, daß der Präsident von Indien die «Verhängung des Ausnahmezustandes» erließ. Unter diesem Erlaß hat die Regierung
— zehntausende von politischen Verhafteten ins Gefängnis gesetzt, meistens ohne Anklageerhebungen oder öffentliches Gerichtsurteil,
— die Rede-und Versammlungsfreiheit aufgehoben
— die gesellschaftlichen Medien einer totalen Zensurierung unterworfen,

— nationale Wahlen bis auf weiteres verschoben.

Um kurzfristige politische Erfolge zu erreichen, haben die Handlungen der Regierung weitgehend die demokratischen Institutionen in Indien zerstört. An diesem ersten Jahrestag der Verhängung des Ausnahmezustandes in Indien, verlangen wir:

— sofortige Wiederherstellung aller grundlegenden Freiheiten und Menschenrechte,
— vollständige Freiheit der Presse, Rede und der Versammlungen,
— sofortige Entlassung-oder beförderliches und öffentliches Gerichtsverfahren — für alle jene, welche unter dem Ausnahmezustand gefangengesetzt worden sind, und
— baldige nationale Wahlen.

Es war nirgends versprochen worden, daß der Entwicklungsweg einer Demokratie leicht ist. Aber alle anderen Alternativen sind gefährlich.»

Aber auch im Lande selber erhebt der durch seine Gefängnishaft ungebrochene, Sozialist J.P. Narayan seine Stimme und hat, von Bombay aus am 2. Mai 1976, an alle freiheitlich gesinnten Inder folgenden Aufruf ergehen lassen:

«Der Entscheid des Obersten Gerichtshofes bezüglich der Frage des Habeas Corpus hat das letzte Flackern der Flamme persönlicher Freiheit ausgelöscht. Frau Gandhi's persönliche und institutionelle Diktatur ist dadurch allumfassend geworden. Alle freiheitliebenden Inder stehen heute vord er ernsten Frage, wie sie den reaktionären Lauf der Geschichte zur Umkehr zu bringen vermögen, die verlorenen Freiheiten zurückerhalten und die demokratischen Institutionen wieder herstellen können. Offensichtlich kann dies nur dann geschehen — wenn es nach der Verfassung gehen soll — wenn wieder freie und offene Wahlen zum Lok Sabha abgehalten werden, die Kongreßpartei geschlagen wird, eine vereinte Opposition gewinnt und die Regierung stellen kann. Alles dies ist leichter gesagt als getan, was auch der Wirklichkeit entspricht. Ebenso entspricht es ihr, wenn nicht noch mehr, daß alles das **getan werden muß.** Die Frage heißt nur: wie? Ich schlage folgendes vor:

1. Volksversammlungen oder Zusammenkünfte der verschiedensten Institutionen und Organisationen sollten über das ganze Land hin abgehalten werden, welche den Widerruf des Ausnahmezustandes, die Entlassung der politischen Gefangenen, die Abhaltung von Parlamentswahlen, die Wiederherstellung der Presse-und Redefreiheit etc. verlangen.

2. Diejenigen, welche die persönliche Freiheit und freie demokratische Einrichtungen hochschätzen, müssen sofort, wie immer möglich, auch nur in kleinen Gruppen von drei oder vier Personen, eine Aktion zur

Unterrichtung des Volkes über die diesbezüglichen grundlegenden Fragen unternehmen. Der ... Götzenwagen (juggernaut) der Diktatur von Frau Gandhi kann deshalb weiterrollen, weil das Volk stumm geblieben ist. Es verharrte deshalb im Schweigen, weil es nicht verstand, was sich eigentlich zutrug. Einseitige Propaganda hat manche davon überzeugt, daß das, was geschah, für sie nur von Gutem war. Deshalb besteht die allernächste und dringendste Aufgabe, die an die Hand genommen werden muß, darin, daß die Bevölkerung über die Grundlagen einer freien und demokratischen Gesellschaft erneut unterrichtet werden muß. Damit, daß diese Aufgabe durchgeführt werden kann, wäre es nötig, die entsprechenden Parolen dem Volke in einer Serie von einfach geschriebenen und sofort verständlichen Flugschriften vorzulegen. Selbstverständlich müßten diese illegal herausgegeben und verbreitet werden. Die Bevölkerung selbst kann zwar diese Schriften nicht lesen. Aber sie können als Lehrfibeln dienen und sollten in kleinen Unterrichtsklassen, welche meistens aus Studenten und anderen jungen Männern und Frauen bestehen sollten, studiert werden. Es liegt auf der Hand, daß diejenigen, welche sich dieser Erziehungsarbeit widmen, bereit sein müssen, verhaftet, gefangen gesetzt, geschlagen und anderen Torturen unterworfen zu werden. Doch bin ich davon überzeugt, daß es in diesem Lande genug jungen Männer und Frauen gibt, die sich durch solche Risiken nicht abschrecken lassen.

3. Gleichzeitig mit der Durchführung der erwähnten Unterrichtung des Volkes sollte auch ein Programm zu seiner Organisation durchgeführt werden. — Ich denke, daß an dieser Wegscheide das vorgeschlagene Vorgehen von allen denen aufgenommen werden sollte, die gesinnt sind, durch eine friedliche revolutionäre Volksaktion ein neues Indien von freien, gleichberechtigten und sich selbst regierenden Bürgern zu schaffen.

Dieser Vorschlag wird einigen eher zahm erscheinen. Aber ich hoffe, daß sie nach einiger Ueberlegung ihre Meinung ändern werden ... Wenn dieses hier vorgeschlagene Programm verantwortungsbewußt an die Hand genommen wird, wenn es sich ausbreitet und Gestalt gewinnt, dann wird der Widerstand von der Regierungsseite her nicht ausbleiben; aber von uns aus wollen wir ihn nicht herausfordern. Wie wir es schon erlebt haben, werden die reaktionären Kräfte der Gesellschaft, welche von der Regierung angeführt werden, versuchen, die Revolution des Volkes niederzuschlagen.

Allerdings ist dies nicht alles, was getan werden muß. Das Ziel der Volksbewegung war und ist die Totale Revolution, d.h. die Revolutionierung in allen Teilen des individuellen und sozialen Lebens, um sie besser, reicher und zufriedenstellender zu machen. Daraus folgt, daß sich vor uns ein weites Tätigkeitsfeld auftut. In Indien ist die

Ueberwindung des Kastensystems in gewisser Weise wichtiger, als die Ueberwindung des Klassensystems. Die Revolutionierung des öffentlichen Unterrichts in den Schulen bietet ein weiteres grosses Tätigkeitsfeld. Vielfache Beispiele könnten noch erwähnt werden, doch dies ist nicht nötig. Ideen-und plänereiche Aktivisten werden sich ihr eigenes Tätigkeitsgebiet abstecken.

Einige unter diesen Aufgaben mögen auf den Widerstand sozialer (auch kastenmäßiger) und wirtschaftlicher Interessen stoßen. Es könnte aber der Fall sein, daß wir auf einigen dieser Kampfgebiete auch die Mitarbeit des Staates gewinnen können.» Willi Kobe

Eine «Neue Weltwirtschaftsordnung» und die Dritte Welt

Im Ausblick auf die UNCTAD IV im Mai-Heft wies Volker Steckhan darauf hin, daß verschiedene Konferenzen (Nord-Süd, Paris usw.) als Versuch zu werten seien, das bestehende Weltwirtschaftssystem und die in ihm fest verankerten Handelsbeziehungen wieder zu festigen. So wurde die IV. UNCTAD-Konferenz in Nairobi zu einem eigentlichen Tauziehen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. In letzter Minute, nach wiederholten Verlängerungen, kam eine neue Welthandelsordnung für Rohstoffe zustande. Diese Kompromißresolution wird aber erst der Anfang mühsamer Verhandlungen sein. Ihr wichtigster Bestandteil ist das sogenannte «integrierte Rohstoffprogramm». Für eine Reihe von Rohstoffen wie Zucker, Kaffee, Fleisch, Metalle, Fasern werden durch Rohstoffabkommen die Preise festgelegt und die Versorgungssicherheit gewährleistet. Dies soll durch Pufferlager für einzelne Rohstoffe erreicht werden und durch einen Finanzierungsfonds, der durch Rohstoffländer und Verbraucherländer geäuffnet würde. In diesem Punkt waren die Industrieländer gespalten: während die Nordländer den Forderungen der Dritten Welt zustimmten, leisteten USA und BRD zähen Widerstand, der sich zuletzt in einigen Vorbehalten auflöste. Dagegen wurde die Frage der Verschuldung der Dritten Welt nicht gelöst. Sie stammt größtenteils aus den fallenden Rohstofferlösen gegenüber stark steigenden Industriegüterpreisen. Es wird ein allgemeiner Schuldenerlaß (Moratorium) gefordert. Um der weiteren Verschuldung Einhalt zu gebieten, sieht die Resolution die Indexierung der Rohstoffpreise vor, das heißt, die abgemachten Rohstoffpreise sollen im Gleichschritt mit der Teuerung der von den Entwicklungsländern importierten Industriegütern erhöht werden. Eine solche Maßnahme wird bei den Industrieländern auf den größten Widerstand stoßen.